

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 848 ppbn d

Inhalt

Dr. Marijse Dobberthien
MdB begründet die Relevanz
einer Durchforstung unserer
Sprache: Die Sprache von der
männlichen Weltansicht ent-
rumpeln.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB skiz-
ziert die Perspektiven der
Veränderungen in der sowje-
tischen Außenpolitik für
Westeuropa: Kontinuität und
Wandel.

Seite 3

Florian Gerster MdB unter-
streicht die Notwendigkeit
keiner gesetzlichen Dienst-
zeitregelung für Soldaten:
Fahrlässiger Umgang mit Sol-
daten.

Seite 6

42. Jahrgang / 216

11. November 1987

Die Sprache von der männlichen Weltansicht entrumpeln

Justitia und der Gesetzgeber sollen der Gleichberechtigung Rechnung tragen

Von Dr. Marijse Dobberthien MdB

Mitglied des Ausschusses Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
des Deutschen Bundestages

Mit dem Antrag „Geschlechtsneutrale Bezeichnungen“ will die SPD-Fraktion die Gesetzessprache der geänderten Wirklichkeit anpassen. Bestehende Gesetze sollen auf geschlechtsspezifische und frauen-diskriminierende Formulierungen hin überprüft werden. Die Bundesregierung wird mit diesem Antrag aufgefordert, innerhalb von fünf Monaten einen Bericht vorzulegen, in dem dargestellt wird, welche Gesetze geändert werden müssen und in welcher zeitlichen Reihenfolge dies zu geschehen hat.

Die sich in der Gesellschaft allmählich verwirklichende Gleichberechtigung von Frauen und Männern darf in der Gesetzessprache nicht ausgespart bleiben. Noch immer finden Wählerinnen und Wähler auf den Stimmzetteln für ihre Erststimme den Aufdruck: „hier ein Stimmgabe für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten, auch wenn es sich um eine Kandidatin handelt. Obwohl erfreulicherweise immer mehr Frauen Mitglied des Deutschen Bundestages sind, handelt es sich hierbei nach dem Bundeswahlgesetz (BWG) um „gewählte Bewerber“.

Wir haben „Wahlleiter“, einen „Wahlmännerausschuß“, „Bericht-erstatte“, „Minister“ und das BWG regelt: „Ein Abgeordneter verliert seine Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag...“. Na wie schön, daß Frauen offenbar ihre Mitgliedschaft gar nicht verlieren können.

Sprache spiegelt Realität, sie schafft aber auch Realität. Wenn mit einer angepaßten Gesetzessprache nicht den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen wird, hält der Gesetzgeber an Bedingungen fest, die Frauen bewußt ausschließt.

Sprache als Kommunikationsform stellt Beziehungen zwischen Menschen her. Mit Sprache teilen wir unser Verständnis, unsere Bewertung und unsere Sicht der Wirklichkeit mit. Die gebräuchliche

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 62,00
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Umweltfreundlicher Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Gesetzessprache ist ein Relikt aus einer Zeit, in der traditionelle Rollenverteilung überwiegend uneingeschränkt gültig war: Die Männer waren fürs öffentliche Leben zuständig, Frauen hüteten Kinder und Küche. Die Belange von Frauen wurden über ihre Männer vertreten.

Doch in einer Zeit, in der Frauen zunehmend ihre Interessen selbst vertreten, ist es ein Hohn, wenn sie sich unter einem männlichen Oberbegriff subsumiert wiederfinden sollen. Männer jedenfalls werden vom Gesetzgeber auch als „natürliche Personen“ mitfühlender behandelt. In traditionellen Frauenbereichen ändern sich sehr schnell die Berufsbezeichnungen, wenn Männer diese Tätigkeiten ausüben, wie Geburtshelfer oder Krankenpfleger.

Als die weibliche Bezeichnung „der Beamtin kann Sonderurlaub auf Antrag gewährt werden“ im Artikel 86 BayBG stand, war sehr schnell eine Verletzung des Art. 3 GG wegen Benachteiligung des Mannes gegeben. Seit 1974 heißt es nunmehr wegen verfassungsrechtlicher Bedenken abgeändert: „Dem Beamten kann auf Antrag Sonderurlaub gewährt werden.“ Kein Mann möchte also unter den weiblichen Oberbegriff fallen, aber kann ein Mann als drüberliegender Begriff eine Frau ganz abdecken?

Durch unsere Gesetzessprache muß eine Sichtweise von der Gesellschaft transportiert werden, in der Frauen und Männer ohne oben und unten ein gleichberechtigter Platz in allen Bereichen des öffentlichen als auch privaten Lebens eingeräumt wird. Fachleute wie Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftler, Juristinnen und Juristen haben schon gute und akzeptable Vorstellungen für geschlechtsneutrale und nichtdiskriminierende Formulierungen ausgearbeitet, so daß die bisherigen Gesetze weder „gebeugt“ noch unverständlicher werden müssen.

Schritt für Schritt will die SPD umfassend die Gesetzeswerke von der männlichen Sicht der Welt entrümpelt haben, so daß Gesetz und Wirklichkeit nicht nur die Menschen, sondern sowohl Frau Justitia als auch den Herrn Gesetzgeber zufriedenstellen können. (-/11.11.1987/vc-he/st)

* * *



Kontinuität und Wandel**Gedanken zur sowjetischen Außenpolitik**Von **Karsten D. Voigt** MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die sowjetische Innenpolitik besitzt für Generalsekretär Gorbatschow gegenwärtig Vorrang vor der Außenpolitik. Auf dem 27. Parteitag begann Generalsekretär Gorbatschow seinen Bericht über internationale Fragen damit, daß er darauf hinwies, daß internationale Zielsetzungen die sowjetische Führung weniger beschäftigten als innenpolitische Probleme. Fast jede Rede über außenpolitische Fragen enthält einen Hinweis wie den folgenden: „Vor meinem Volk, vor denen, die anwesend sind und vor der ganzen Welt stelle ich voller Verantwortung fest, daß unsere Außenpolitik zur Zeit in größerem Maße als je zuvor durch die Innenpolitik bestimmt wird, durch unser Interesse, unsere Kräfte auf konstruktive Aktivitäten, die unser Land voranbringen, zu konzentrieren. Das ist der Grund, warum wir den dauerhaften Frieden und eine Vorhersehbarkeit und Konstruktivität in den internationalen Beziehungen brauchen.“

Gorbatschow meint natürlich nicht, daß die Sowjetunion nicht länger die Absicht hat, sich wie eine Weltmacht zu verhalten oder daß die internen Schwächen der Sowjetunion die Aufgaben des Landes in der internationalen Politik zerstört hätten. Aber er scheint zu glauben, daß die wichtigsten intellektuellen Fähigkeiten und die politische Energie darauf gerichtet sein müssen, eine Wende zu Hause zu erreichen. Ihm ist bewußt, daß sein Erfolg zum Teil davon abhängig sein wird, ob er es schafft, zu verhindern, durch außenpolitische Verwicklungen oder einen zunehmenden Rüstungswettlauf von diesen innenpolitischen Prioritäten und Aufgaben abgelenkt zu werden.

Zur gleichen Zeit besteht ein Motiv dafür, die Schwäche der sowjetischen Wirtschaft zu überwinden darin, die Macht im Ausland und gegenüber dem Ausland langfristig zu stabilisieren. Wie Gorbatschow selber sagt, wird die Sowjetunion das 21. Jahrhundert nicht mehr als eine Weltmacht beginnen, wenn seine Generation nicht den internen Niedergang der letzten zehn Jahre umkehrt. Insofern sind seine innenpolitischen Prioritäten zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch durch den Wunsch bestimmt, der Sowjetunion auch zukünftig eine Großmachtrolle in den internationalen Beziehungen zu verschaffen. Ob dies bedeutet, daß Gorbatschow nur eine Atempause anstrebt, während er die sowjetische Macht erneuert und ob er nach dieser Atempause erneut einen verstärkten Einfluß der Sowjetunion in internationalen Angelegenheiten anstrebt, ist eine Frage, die heute noch offen bleiben muß. Öffentlich deklariert die Sowjetunion als langfristige Ziele Stabilität und nicht Expansion.

Eindeutig hat sich der Stil der sowjetischen Politik unter Gorbatschow verändert. Von sorgfältig und gekonnt durchgeführten Pressekonferenzen zu freimütigen Gesprächen mit westlichen politischen Führern, bis zu der Art und Weise, in der er die Zusammenarbeit mit der IAEA nach der Katastrophe von Tschernobyl angeboten hat. Gorbatschow hat das Ansehen der sowjetischen Politik verändert. Er hat eine Geschmeidigkeit in die sowjetische Diplomatie hineingebracht, von der seine Vorgänger den Rest der Welt fast überzeugten, daß sie außerhalb jeder Möglichkeit in der Sowjetunion sein würden.

Gibt es hierüber hinaus einen Wechsel in der Substanz und welche Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik sind bedeutsam für die Interessen Westeuropas?

Ich möchte diese beabsichtigten Änderungen in vier Kategorien einteilen. Jede bestimmt eine entscheidende Dimension der sowjetischen Außenpolitik. Jede in Taten umgesetzte Änderung würde das traditionelle Verhalten sowjetischer Außenpolitik entscheidend ändern.



Die erste Kategorie ist eine Erneuerung des Konzepts der Sicherheit durch Generalsekretär Gorbatschow. Zwei Änderungen sind offensichtlich. Erstens hat er ein viel breiteres Verständnis für das Konzept der nationalen Sicherheit eingeführt. Seit 1986 sagt er, daß die Sicherheit einer Nation viele Elemente beinhaltet, davon seien nur einige militärischer Art. In der modernen Welt, argumentiert er, sei das Schicksal einer Nation häufig ebenso abhängig von der wirtschaftlichen Sicherheit wie von der militärischen Sicherheit. Bedrohung der Stabilität seien ebenso oft politischer Natur und ökonomischer Natur wie eine Bedrohung durch Waffen. Und Waffen sind häufig eine arme und schwache Antwort auf die Mehrheit der Sicherheits Herausforderung, denen ein Staat begegnen müsse. Gorbatschow hat das Thema auf dem 27. Parteitag im einzelnen ausgeführt: „Der Charakter der gegenwärtigen Waffen läßt kein Land in der Hoffnung, daß es sich selber nur mit militärischen und technischen Mitteln sicher kann, zum Beispiel dadurch, daß es ein Verteidigungssystem aufbaut, auch wenn es das mächtigste der Welt sei. Die Aufgabe, die Sicherheit zu gewährleisten, ist zunehmend ein politisches Problem, das nur mit politischen Mitteln gelöst werden kann.“

Zweitens ist Gorbatschow der erste sowjetische Generalsekretär, der die Beziehungen zwischen nationaler und gegenseitiger Sicherheit betont. „Heute“, sagte er in einer Fernsehansprache an sein Volk im August 1986, „kann die eigene Sicherheit nicht gewährleistet werden ohne daß man die Sicherheit anderer Staaten und Völker berücksichtigt. Es kann keine wirkliche Sicherheit geben, außer daß sie gleich und umfassend für alle ist. Anders zu denken heißt in einer Welt der Illusion zu leben, in einer Welt der Selbsttäuschung.“ Seine Begründung ist für Sozialdemokraten nicht besonders sensationell. Sie entspricht den Begründungen, des durch die SPD seit 1978 entwickelten Konzeptes einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West angesichts der Vernichtungsrisiken im Nuklearzeitalter.

Gorbatschows zweiter konzeptioneller Beitrag ist sein Begriff von der Interdependenz in der internationalen Politik. Sowjetische Politiker vor ihm hatten den Begriff der internationalen Arbeitsteilung benutzt, ein Konzept in dem darauf hingewirkt wurde, daß die Sowjetunion an einer vom Kapitalismus dominierten internationalen Wirtschaftsordnung teilnimmt und durch das sie benachteiligende Handelsmaßnahmen gegen sie und die Staaten des RGW zu kritisieren versuchte. Gorbatschow aber benutzt den Begriff in einem weiteren und grundlegenden Sinne. Interdependenz repräsentiert sein Konzept einer grundlegenden Dynamik in den internationalen Beziehungen. Auf dies Konzept bezog er sich auf dem Internationalen Forum im Februar 1987 mit dem Hinweis auf „die nie früher vorhandene Unterschiedlichkeit und die zur gleichen Zeit wachsende wechselseitige Beziehung und Einheit in der Welt“, die die internationalen Beziehungen, die früher durch einen rohen Wettbewerb zwischen Nationen und Ideologien gekennzeichnet war, jetzt in einen Zwang zur Zusammenarbeit gebracht habe bei der ein Null-Summenspiel nicht mehr adäquat sei. Unsere Welt sei heute nicht nur durch Internationalisierung des wirtschaftlichen Lebens und mächtige Informations- und Kommunikationsmedien bestimmt, sondern auch durch die gemeinsame Bedrohung durch den nuklearen Tod, die ökologische Katastrophe und durch die globale Explosion aufgrund der Widersprüche zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern.

Dies sind Realitäten, die nach Auffassung von Gorbatschow die Grenzen zwischen den Gesellschaften und den gesellschaftlichen Systemen in ihrer Bedeutung verringern.

Gorbatschows dritte Erneuerung betrifft die Dritte Welt und den Platz, den er ihr in der gegenwärtigen sowjetischen Politik einräumt. Einerseits scheint für Gorbatschow und die neue sowjetische Führung, daß die Dritte Welt in ihrer Bedeutung herabgestuft wurde. Ihre Aufmerksamkeit konzentriert sich auf eine engere Definition des sowjetischen Interesses. Die sowjetische Führung hat ihre wirtschaftliche und militärische Verpflichtung in der Dritten Welt nicht bemerkenswert eingeschränkt, aber diese Konzentration auf die Dritte Welt ist nicht mit speziellen Erwartungen sondern mit wenigen Illusionen von einiger Ungeduld und einem überwiegenden Interesse in anderen Gebieten außerhalb der Dritten Welt verbunden.



Außerdem scheinen Gorbatschows Einsichten über die Dritte Welt sich von seinen Vorgängern zu unterscheiden. Für Gorbatschow ist die Dritte Welt viel weniger ein Ort der Chancen sondern mehr ein Gebiet für Kopfschmerzen und Schwierigkeiten, die die Beziehungen zwischen den Supermächten bedrohen und die andere Bereiche der sowjetischen Außenpolitik negativ berühren könnten. Außerdem scheint die Sowjetunion sich darüber im klaren zu sein, daß sie im wachsenden Maße in der Dritten Welt im Nemen des nationalen Befreiungskampfes politisch, militärisch und wirtschaftlich in kontraproduktive Konflikte verstrickt wird.

Diese Analysen stehen in einem Zusammenhang mit einer Neubewertung der revolutionären Transformationen in den gesellschaftlichen Entwicklungen in großen Teilen der Dritten Welt. Die Sowjetunion scheint zu einer Neubewertung von sozialen Konflikten dort zu kommen. Im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten scheint sie sie weniger als Chancen für sowjetische Politik als auch als ein Problem in den internationalen Beziehungen anzusehen.

Es gibt Anzeichen dafür, daß Gorbatschows internationale Politik auch die Beziehungen zu kommunistischen Parteien und zur Sozialistischen Gemeinschaft neu bestimmt.

Gorbatschow hat eine Neigung, die ideologischen Spannungen mit den Eurokommunisten in ihrer Bedeutung herabzustufen und Geduld und Toleranz ihnen gegenüber zu signalisieren. Als Alfredo Natta, der neue Generalsekretär der italienischen Kommunistischen Partei im Januar 1986 in Moskau war, war dies der erste Besuch eines Generalsekretärs der PCI seit vielen Jahren. Während des Besuches bemühte sich Gorbatschow um neue konstruktive Beziehungen zur PCI auf der Grundlage der Hinnahme der wechselseitigen Unterschiedlichkeit in ideologischen Fragen.

Auch die Toleranz gegenüber unterschiedlichen Entwicklungen in Osteuropa ist größer geworden. Wie weit sie geht, ist noch nicht klar. Auf der einen Seite haben Gorbatschow und andere Sprecher der neuen sowjetischen Führung mehrfach das Recht ihrer osteuropäischen Kollegen unterstrichen, ihre eigenen Antworten auf ihre eigenen Probleme zu finden. Auf der anderen Seite scheut sich die sowjetische Führung auch nicht, wie der Besuch Gorbatschows in der Tschechoslowakei zeigt, die Erfahrung der sowjetischen Experimente auch anderen Ländern als Beispiel anzubieten. Während der bisherigen Amtszeit Gorbatschows haben die Anspielungen auf die Breschnew-Doktrin nachgelassen und man hat den Eindruck, als ob die osteuropäischen Führungen heute einen größeren Handlungsspielraum als zuvor haben. Insbesondere gibt es inzwischen offene und bemerkenswerte Analysen über das Mißglücken der ökonomischen Integration zwischen den Staaten des RGW und über Hinweise auf neue Prioritäten der Zusammenarbeit innerhalb des Weltmarktes.

Insgesamt sind dies Hinweise für neue Elemente in der sowjetischen Außenpolitik. Wenn sie sich weiter entwickeln und entfalten, wird die sowjetische Außenpolitik sich schrittweise nicht nur graduell, sondern auch qualitativ verändern.

(-/11.11.1987/vo-he/st)

* * *



Fahrlässiger Umgang mit den Soldaten

Zur Dienstzeitbelastung der Bundeswehr-Angehörigen

Von Florian Gerster MdB

Die Personalplanung für die Bundeswehr der 90er Jahre ist eine Gleichung mit vielen Unbekannten. Das politisch vorgegebene angebliche „operative Minimum“ für die Bundeswehrstärke von 456.000 Soldaten ist eine Schönwetter-Prognose, die nur unter günstigen Rahmenbedingungen erreicht werden kann.

Bereits in der Planungsphase jedoch verschlechtern sich einige wesentliche Voraussetzungen. So hat die Bundeswehr zur Zeit Schwierigkeiten, die notwendige Zahl von längerdienenden Zeitsoldaten zu gewinnen. Außerdem steigt offensichtlich der Anteil der Kriegsdienstverweigerer an den Jahrgängen der Grundwehrdienstleistenden.

In einer Zeit mit immer noch hoher Arbeitslosigkeit ist es zwingend, nach den Gründen für die mangelnde Bereitschaft zu suchen, Soldat zu werden oder zu bleiben. Ein entscheidender Grund ist offensichtlich der soziale Status des Soldaten mit einer im Vergleich mit allen anderen Berufsgruppen extrem überhöhten Dienstzeitbelastung.

Während in der gewerblichen Wirtschaft und auch im öffentlichen Dienst von den Gewerkschaften und Beschäftigten die 35-Stunden-Woche angestrebt wird, hält die Hardthöhe eine Wochenstundenzahl von 56 Stunden bei Soldaten für vertretbar. Erst bei Überschreiten dieser Stundenzahl greift eine äußerst unbefriedigende pauschale Ausgleichsregelung in Form eines „Taschengeldes“ für Belastungen über 56 Wochenstunden durch regulären Dienst, Übungen und Sonderdienste.

Die Berufsverbände fordern eine gesetzliche Dienstzeitregelung für Soldaten - mit voller Unterstützung durch die Sozialdemokraten. Der Deutsche Bundeswehrverband hat ein Verfassungsgerichtsverfahren in Gang gesetzt, auf dessen Ausgang man gespannt sein kann.

Das Bundesministerium der Verteidigung und damit die Bundesregierung und die Regierungskoalition sehen sich außer Stande, Dienstzeitregelungen für Soldaten zu finden, die sich an denen vergleichbarer Berufsgruppen - Polizei, Katastrophenschutz, Gesundheitsdienst - messen lassen können. Der Soldatenberuf also doch ein Beruf ganz eigener Gesetze, mit keinem (zivilen) Beruf vergleichbar? Das wäre die reaktionäre Neuauflage von der „sui generis“-Definition des soldatischen Selbstverständnisses vergangener Zeiten.

Als Trostpflaster erarbeitet die Hardthöhe eine individualisierte Neuregelung der Ausgleichszahlung für weit überhöhte Dienstzeitbelastungen - ähnlich unbefriedigend wie die gültige Fassung.

Wenn die Attraktivität des Soldatenberufes durch angemessene Verbesserungen des sozialen Status nicht angehoben wird, wird es zunehmend schwieriger werden - gerade in den schwächeren Jahrgängen - zögernden jungen Menschen den Grundwehrdienst nahezubringen oder genug Aktive zur Weiterverpflichtung zu motivieren. Auch eine wieder eingeführte Verpflichtungsprämie wird diesen Trend nicht umkehren können: Notwendig ist die gesetzliche Dienstzeitregelung für Soldaten - verbunden mit einer deutlichen Reduzierung der tatsächlichen Dienstzeit. (-/11.11.1987/vo-he/st)